

Erika Ditler

Streitgegenstand und Prozessvergleich des KapMuG



Nomos

Schriften zum Prozess- und Verfahrensrecht

herausgegeben von

Prof. Dr. Anna H. Albrecht, Universität Potsdam

PD Dr. Daniel Oliver Effer-Uhe, Universität zu Köln

Prof. Dr. Olaf Muthorst, Freie Universität Berlin

Jun.-Prof. Dr. Birgit Peters, LL.M., Universität Rostock

Prof. Dr. Jens Prütting, LL.M. oec., Bucerius Law School

Prof. Dr. Philipp Reimer, Universität Bonn

Prof. Dr. Benno Zabel B.A., Universität Bonn

Band 3

Erika Ditzler

Streitgegenstand und Prozessvergleich des KapMuG



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6057-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-0186-0 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen und berücksichtigt Rechtsprechung sowie Literatur bis Juli 2019.

Ganz besonderen Dank schulde ich meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Bruno Rimmelspacher, der mir stets mit offenem Ohr zur Seite gestanden und sehr wertvolle Ratschläge zur Abfassung der Arbeit gegeben hat. Bedanken möchte ich mich auch herzlich bei Prof. Dr. Helge Großerichter sowie Dr. Ferdinand Kruis, die mir interessante Einblicke in die Praxis ermöglicht, zugleich mit fachkundigem Rat zur Seite gestanden und damit zum Gelingen der vorliegenden Arbeit ganz maßgeblich beigetragen haben. Gedankt sei auch Frau Prof. Dr. Beate Gsell, die mir im Rahmen des Zweitgutachtens äußerst hilfreiche Verbesserungsvorschläge gemacht hat. Den Herausgebern Prof. Dr. Anna H. Albrecht, PD Dr. Daniel Oliver Effer-Uhe, Prof. Dr. Olaf Muthorst, Jun.-Prof. Dr. Birgit Peters, LL.M., Prof. Dr. Jens Prütting, LL.M. oec., Prof. Dr. Philipp Reimer sowie Prof. Dr. Benno Zabel B.A. danke ich herzlich für die Aufnahme in die Schriftenreihe „Schriften zum Prozess- und Verfahrensrecht“. Dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst sei zudem für die Gewährung des Oskar-Karl-Forster-Stipendiums gedankt.

Vielmals danken möchte ich zudem Christian, Andreas und Margie, ohne deren Anregungen und Korrekturen diese Arbeit nicht hätte entstehen können.

Mein großer Dank gilt schließlich meiner Familie, insbesondere meinen Eltern Helene und Andreas Ditler.

München, im August 2019

Erika Ditler

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Gegenstand der Untersuchung	15
Kapitel 2: Streitgegenstand	20
I. Streitgegenstandsbegriff der ZPO	20
1. Bedeutung des Streitgegenstands	20
a. Entgegenstehende Rechtshängigkeit	21
b. Anspruchshäufung, -trennung und -verbindung	23
c. Klageänderung	23
d. Rechtskraft	25
e. Präklusionswirkung	26
f. Innerprozessuale Bindungswirkung	27
g. Streitgegenstand als Dreh- und Angelpunkt des Zivilprozesses	27
2. Vom materiellen zum prozessualen Anspruch	27
a. Römisch-rechtliche actio	28
b. Entwicklung eines selbständigen materiellen Anspruchsverständnisses durch Windscheid	30
c. Gleichsetzung von materiellem und prozessualem Anspruch durch die Verfasser der CPO von 1877	31
d. Verselbständigung des prozessualen Anspruchs	32
3. Prozessualer Anspruch der ZPO	33
a. Prozessuale Theorien	36
aa. Theorie des eingliedrigen Streitgegenstands	36
bb. Theorie des zweigliedrigen Streitgegenstands	37
b. Materiell-rechtliche Theorien	42
aa. Anspruchseinheit bei gleichem Lebenssachverhalt	42
bb. Verfügungsobjekt als Abgrenzung unterschiedlicher Ansprüche	43
cc. Anspruchseinheit bei gleichem Anspruchsziel	45
dd. Rechtsposition und Rechtsbehelf als gleichwertige Elemente des materiellen Anspruchs	46
c. Kernpunkttheorie des EuGH	47
d. Zugrundelegung des zweigliedrigen Streitgegenstands	48
4. Konkretisierung des zweigliedrigen Streitgegenstands	48
a. Klägerischer Antrag	48

Inhaltsverzeichnis

b. Lebenssachverhalt	49
aa. Natürliche Betrachtungsweise	50
bb. Berücksichtigung rechtlicher Gesichtspunkte	50
cc. Weitere Kriterien zur Eingrenzung des Lebenssachverhalts	52
(1) Tatbestandsmerkmale als scharfe Begrenzung des Lebenssachverhalts?	52
(2) Tatsächlicher und rechtlicher Zusammenhang	53
II. Streitgegenstand des KapMuG	54
1. Bedeutung des Streitgegenstands	57
a. Verfahrensaussetzung gem. § 8 KapMuG	57
b. Sperrwirkung gem. § 7 KapMuG	58
c. Anspruchshäufung, -trennung und -verbindung gem. §§ 145, 147, 260 ZPO i.V.m. § 11 KapMuG	58
d. Erweiterung des Musterverfahrens gem. § 15 KapMuG	59
e. Bindungswirkung gem. § 22 KapMuG	59
f. Verjährungshemmung gem. § 10 KapMuG i.V.m. § 204 Abs. 1 Nr. 6 a BGB	59
2. Ziele des KapMuG-Gesetzgebers	60
a. Effektiver Rechtsschutz	60
b. Rechtssicherheit und -klarheit: Vermeidung divergierender Gerichtsentscheidungen	61
c. Entlastung der Justiz	62
d. Schaffung einer zweiten Spur zur staatlichen Finanzmarktaufsicht	63
e. Attraktivität des Rechtsstandorts Deutschland	63
3. Prozessualer Anspruch des KapMuG	64
a. Gleichsetzung von Feststellungsziel und klägerischem Antrag	66
b. Gleichsetzung der Summe aller gleichgerichteten Feststellungsziele mit dem klägerischen Antrag	66
c. Unterschiedliche Präklusionswirkung bei der Gleichsetzung mit einem Feststellungsziel und der Summe aller gleichgerichteten Feststellungsziele	68
aa. Präklusion bzgl. § 2 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 KapMuG	68
bb. Präklusion bzgl. § 2 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 KapMuG	71
d. Ergebnis: Summe aller gleichgerichteten Feststellungsziele als Pendant zum klägerischen Antrag	73

4. Folgen der eigenen Auffassung zum Streitgegenstand für den Verfahrensgang im Musterverfahren	76
a. Zulässigkeit einer Streitgegenstandshäufung	77
aa. Anfängliche objektive Streitgegenstandshäufung im Musterverfahrens Antrag	77
bb. Anfängliche objektive Streitgegenstandshäufung im Vorlagebeschluss	78
cc. Nachträgliche Anspruchsverbindung und -trennung gem. §§ 145, 147 ZPO, 11 KapMuG im Musterverfahren	80
b. Erweiterung des Musterverfahrens gem. § 15 KapMuG	81
c. Änderung des Streitgegenstands im Musterverfahren	83
d. Teilmusterentscheide	85
aa. Zulässigkeit von Entscheidungen über Teile des Streitgegenstands	85
(1) Zwischenmusterentscheid über den Grund (§ 304 ZPO)	86
(2) Zwischenfeststellungsentscheid (§ 256 Abs. 2 ZPO)	88
(3) Teilmusterentscheid (§ 301 ZPO)	88
(a) Teilbarkeit des Streitgegenstands	89
(b) Entscheidungsreife und Unabhängigkeit des Streitgegenstandsteils	91
bb. Folgen des Erlasses eines Teilmusterentscheids	94
e. Bedeutung des Streitgegenstands für § 204 Abs. 1 Nr. 6 a BGB	95
5. Bestimmung der Feststellungsziele	97
a. Vorliegen und Nichtvorliegen anspruchsbegründender und anspruchsausschließender Voraussetzungen	97
aa. Begrenzung durch den Anwendungsbereich des KapMuG	97
bb. Begriff der anspruchsbegründenden oder anspruchsausschließenden Voraussetzung	99
(1) Keine Beschränkung auf bestimmte Normtypen	100
(2) Keine Beschränkung auf gesetzlich normierte Tatbestandsmerkmale	101
(a) Erfassung von Tatsachen und Tatbestandselementen	101
(b) Verhältnis von Tatbestandsmerkmal zu Tatbestandselementen und Tatsachen	103

Inhaltsverzeichnis

(3) Ausklammerung individueller Anspruchsvoraussetzungen	107
b. Klärung von Rechtsfragen	110
aa. Abgrenzung zu § 2 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 KapMuG	110
bb. Entscheidungserheblichkeit	112
cc. Kapitalmarktrechtlicher Bezug	114
dd. Erfordernis der Klärungsbedürftigkeit der Rechtsfrage	116
ee. Erfordernis der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtsfrage i.S.d. § 543 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 ZPO	120
(1) Klärungsfähigkeit einer Rechtsfrage	121
(a) Verfassungswidrigkeit	121
(b) Europarechtswidrigkeit	123
(2) Allgemeine Bedeutung der Rechtsfrage	124
(3) Anwendbarkeit von § 543 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 ZPO	125
6. Bestimmung der Gleichgerichtetheit	126
a. Gesamter Tatsachenvortrag der Musterverfahrensbeteiligten	127
b. Kern des Rechtsstreits als Abgrenzungskriterium	128
c. Anknüpfung an die den Ersatzanspruch auslösende Handlung	128
d. Bestimmter Themenkomplex als Abgrenzungskriterium	129
e. Eigene Herleitung der Gleichgerichtetheit verschiedener Feststellungsziele	129
aa. Gleichgerichtetheit von Feststellungszielen trotz unterschiedlicher Zielrichtungen	130
bb. Folgerungen aus den Normen des ersten Abschnitts des KapMuG für die Gleichgerichtetheit	131
(1) Zuständigkeit der Ausgangsgerichte	131
(2) Bedeutung des Musterverfahrensanspruchs i.S.d. §§ 2 Abs. 1 S. 1, 4 Abs. 1 KapMuG	132
(a) Keine Notwendigkeit der Identität der Feststellungsziele	132
(b) Notwendigkeit der Gleichgerichtetheit der Feststellungsziele eines Musterverfahrensanspruchs	132
(c) Behandlung eines Musterverfahrensanspruchs mit nicht gleichgerichteten Feststellungszielen	133
(3) Keine Auswirkung des Quorums gem. § 6 Abs. 1 S. 1 KapMuG auf die Gleichgerichtetheit	134

cc. Bedeutung der Feststellungsziele für die Bestimmung ihrer Gleichgerichtetheit	135
(1) Keine Abgrenzung nach unterschiedlichen Tatbestandsmerkmalen oder Anspruchsgrundlagen	135
(2) Keine Abgrenzung nach anspruchsbegründenden und anspruchsausschließenden Voraussetzungen	136
(3) Keine Bestimmung der Gleichgerichtetheit anhand ausschließlich gestellter Rechtsfrage	137
dd. Öffentliche Kapitalmarktinformation als Abgrenzungskriterium unterschiedlicher Streitgegenstände	138
(1) Begriff der öffentlichen Kapitalmarktinformation i.S.d. § 1 Abs. 2 S. 1 KapMuG	140
(a) Tatsachen, Umstände, Kennzahlen und sonstige Unternehmensdaten	140
(b) Bezug der Tatsachen zum Unternehmen oder der Vermögensanlage	142
(c) Bestimmung der Information für eine Vielzahl von Kapitalanlegern	145
(d) Vielzahl von Kapitalanlegern	147
(2) Bedeutung der öffentlichen Kapitalmarktinformation für den Streitgegenstand des Musterverfahrens	153
(a) Keine Bestimmung der Gleichgerichtetheit anhand einzelner öffentlicher Kapitalmarktinformationen	153
(b) Bedeutung der öffentlichen Kapitalmarktinformation in persönlicher Hinsicht	157
(c) Bedeutung der öffentlichen Kapitalmarktinformation in sachlicher Hinsicht	158
(aa) Keine Abgrenzung nach dem Informationsträger der öffentlichen Kapitalmarktinformation	158
(bb) Abgrenzung nach Emittenten bzw. Anbietern sonstiger Vermögensanlagen und deren Vermögensanlagen	160

Inhaltsverzeichnis

(cc) Auswirkungen der Erweiterung des Anwendungsbereichs (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 KapMuG) auf die Gleichgerichtetheit	162
(dd) Bestimmung der Gleichgerichtetheit für Klagen im Anwendungsbereich von § 1 Abs. 1 Nr. 3 KapMuG	163
(d) Zeitliche Zäsur durch nachfolgende Veröffentlichung	164
ee. Bestimmung der Gleichgerichtetheit anhand der Parteien des Ausgangsverfahrens	166
(1) Irrelevanz der Kläger für die Gleichgerichtetheit	166
(2) Irrelevanz der Beklagten für die Gleichgerichtetheit	167
(a) Objektive Klagehäufung bei subjektiver Klagehäufung im Zivilprozess der ZPO	167
(b) Objektive Klagehäufung auch bei Streitgenossenschaft gem. §§ 59 ff. ZPO	168
(c) Keine objektive Klagehäufung trotz subjektiver Klagehäufung im Rahmen des KapMuG	172
(aa) Anspruch der Beklagten auf effektiven Rechtsschutz	174
(bb) Überwiegen des Ziels der Effektivität des Musterverfahrens	176
7. Ergebnis: Streitgegenstand des KapMuG	178
Kapitel 3: Prozessvergleich des KapMuG	181
I. Prozessvergleich der ZPO	182
1. Gegenstand des Prozessvergleichs	183
a. Streitgegenstand des anhängigen Verfahrens	183
b. Teile des Streitgegenstands	184
c. Ansprüche außerhalb des Streitgegenstands	184
2. Inhalt des Prozessvergleichs	185
a. Notwendigkeit eines gegenseitigen Nachgebens	186
b. Prozessbeendigungsvereinbarung	189
aa. Einigung bzgl. Prozessbeendigung	189
bb. Rechtsfolge der Einigung bzgl. der Prozessbeendigung	190
c. Keine Notwendigkeit einer materiell-rechtlichen Einigung	193
3. Zusammenfassung: Gegenstand und Inhalt des Prozessvergleichs der ZPO	199

II. Prozessvergleich des KapMuG	199
1. Gegenstand des Prozessvergleichs	201
a. Streitgegenstand des Musterverfahrens	201
b. Streitgegenstände der Ausgangsverfahren	201
c. Zulässigkeit von Teilvergleichen	201
d. Zulässigkeit der ausschließlichen Beendigung des Musterverfahrens	205
aa. Einverständnis aller Beteiligten	205
bb. Einigung durch einen Teil der Beteiligten	206
e. Einbeziehung zusätzlicher materiell-rechtlicher und prozessualer Ansprüche	210
2. Inhalt des Prozessvergleichs	211
a. Notwendigkeit eines gegenseitigen Nachgebens	211
b. Verfahrensbeendigungsvereinbarung	213
aa. Verfahrensbeendigung in Bezug auf das Musterverfahren	213
bb. Verfahrensbeendigung in Bezug auf die Ausgangsverfahren	215
c. Notwendigkeit einer materiell-rechtlichen Einigung	218
aa. Notwendigkeit einer Einigung bzgl. der Ausgangsverfahren	218
bb. Keine Notwendigkeit einer Einigung bzgl. des Musterverfahrens	220
3. Zusammenfassung: Gegenstand und Inhalt des Prozessvergleichs des KapMuG	223
 Kapitel 4: Zusammenfassung	 225
I. Streitgegenstand	225
II. Prozessvergleich	229
 Literaturverzeichnis	 233

